

Stellungnahme zum Antrag

Nr. AT/0098/2014

Beratung im **Stadtrat** am **13.11.2014**, TOP 26 öffentliche Sitzung

**Betreff: Stellungnahme zum Antrag der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen:
Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden**

Stellungnahme:

Die sich derzeit zwischen der Europäischen Union und den USA in Verhandlung befindliche transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft - Kurzbezeichnung TTIP – war bereits Gegenstand der Anfrage AF/0115/2014 und der dazu ergangenen Antwort der Verwaltung AW/0049/2014.

Ziel von TTIP ist die Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen.

In der o. a. Antwort der Verwaltung wurde auf das gemeinsam erarbeitete Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes der kommunalen Arbeitgeber verwiesen.

Darin werden unter anderem

die Sicherung kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge,
das öffentliche Beschaffungswesen und das Wettbewerbsrecht,
der Investorenschutz verbunden mit der Zuständigkeit der nationalen Gerichtsbarkeit,
der Umwelt- und Verbraucherschutz

aus der Sicht der Kommunen bewertet und die kommunalen Interessen klar und deutlich vertreten.

Die Verwaltung verfügt über keine weitergehenden Erkenntnisse als die, die sich aus dem Positionspapier ergeben. Ob die in dem Antragstext aufgeführten Feststellungen sachlich zutreffend sind, kann von der Verwaltung nicht beurteilt werden.

Beschlussempfehlung der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt unter Verweisung auf das gemeinsame Positionspapier des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Verbandes der kommunalen Arbeitgeber, die für eine sachlich fundierte Interessenvertretung der Kommunen stehen, **von einer Beschlussfassung im Sinne des Antrages Abstand zu nehmen.**

Das Positionspapier ist als Anlage zu dieser Stellungnahme im Ratsinformationssystem eingestellt.